№ 504
B 231
Abend-Ausgabe

Berlin

Freitag, 8. Oktober 1919

15 Pfennig

# Vossische Zeitung

Begründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin ★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

# Der deutsch-polnische Vertrag.

## Gegenseitige Amnestie.

Der in den nächsten Tagen der Nationalversammlung zugehende deutsch-polnische Vertrag über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit geht in seiner Einleitung zunächst von dem Gedanken aus, daß die Parteien den Wunsch haben, die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen aus Anlaß des Friedensvertrages im Geiste der Verständigung und des wechselseitigen Entgegenkommens zu führen.

Der Inhalt des Vertrages zerfällt in zwei Teile. Der erste Teil (Artikel 1—5) verfügt die Freigabe aller aus Anlaß der polnischen Bewegung mit der Waffe in der Hand gefangengenommenen, internierten und als Geiseln oder Schutzhäftlinge festgenommenen Personen, wobei sich Polen verpflichtet, alle von ihm etwa noch festgehaltenen deutschen Heeresangehörigen oder ehemalign deutschen Heeresangehörigen zu entlassen. Die Vollstreckung disziplinarisch verhängter Strafen gegen solche Personen wird ausgesetzt; weiter wird ihnen die Mitnahme der in ihrem Besitz befindlichen oder ihnen abgenommenen Gegenstände gestattet.

Die eigentliche Amnestie regeln Artikel 6—11. Jeder vertragschließende Teil gewährt hierin volle Straffreiheit für alle vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages, namentlich auch während der polnischen Bewegung in den Abtretungs- und Abstimmungsgebieten, begangene gerichtlich oder disziplinarisch strafbare Handlungen, die auf eine militärische, politische oder natonale Betätigung zugunsten des anderen Teils zurückzuführen sind. Hierunter fallen außer den Handlungen, die sich als Hoch- oder Landesverrat darstellen, insbesondere auch die Ausübung einer amtlichen Tätigkeit, die Teilnahme an der Volksratsbewegung sowie die Beteiligung an Orts- und Bürgerwehren.

Volle Straffreiheit wird weiter gewährt für alle mit der polnischen Bewegung in Zusammenhang stehenden, vor dem Inkrafttreten des Vertrages begangenen Zuwiderhandlungen gegen Anordnungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung.

Diese Straffreiheit bedingt den Erlaß aller verhängten Strafen, Einstellung anhängiger Verfahren sowie die Nichteinleitung neuer Verfahren. Die Straffreiheit hat auch die unmittelbare Folge, daß beschlagnahmte Gegenstände, Kautionen und ähnliche Leistungen, auch soweit diese etwa schon verfallen sind, den Berechtigten zurückerstattet werden. Weitere Bestimmungen regeln die Rückkehr der Amnestierten in ihrem bisherigem Wohnsitze und die Behandlung, die ihnen dort durch die Behörden gewährleistet wird. Schließlich sieht der Vertrag zum Vollzuge und zur Auslegung des Vertrages die Aufstellung gemischter Kommissionen und eines neutral geelisteteten Schiedsgerichts vor.

Dr Vertrag ist von einem Notenwechsel begleitet, in dem beide Teile sich dahin aussprechen, daß die Bestimmungen über die Entlassung festgehaltener Personen, die keiner gesetzlichen Ratifikation bedürfen, unverzüglich in Kraft treten. Eine Bestimmung, die besonders den beiderseitigen Kriegsgefangenen zugute kommt.

Ferner ist polnischerseits zugestanden worden, daß bis zur Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen deutsche Vertreter in Posen und anderen noch zu vereinbarenden Orten jenseits der Demarkationslinie für die Vermittlung des Verkehrs und für die Wahrnehmung der Interessen der deutschen Reichsangehörigen zugelassen werden. Freies Geleit und ungehinderter Verkehr mit den deutschen Behörden wird diesen Vertretern zugesichert.

Endlich wird deutscherseits den Vertretern des polnischen Roten Kreuzes die ungehinderte Ausübung charitativer Tätigkeit zugestanden.

# Die neue Schule.

Zur Tagung der entschiedenen Schulreformer.

Von
**Wally Zepler.**

Morgen beginnt hier eine Tagung „entschiedener Schulreformer". Es sind Lehrer und Lehrerinnen, die den ehrlichen Willen haben, die Erziehung mit neuem, den Forderungen der revolutionären Zeit entsprechendem Geist zu durchdringen. Jeder wird ihnen zustimmen, wenn sie diese Aufgabe als die höchste, für den Neuaufbau unseres gesamten Lebens wichtigste bezeichnen und zur Mitarbeit daran „jeden Mann und jede Frau" aufrufen, „die das entscheidende Gewicht der Stunde erkannt haben". Denn in der Tat — die Schule ist ja nicht nur ein Institut, auf dem wir uns bestimmte Kenntnisse, seien es elementare oder sogenannte höhere erwerben; sie ist oder sollte doch die Stätte sein, wo alle Kraft und Fähigkeit der werdenden Generation sich zu voller Blüte entfaltet, die Stätte der Menschenbildung. Das ist ein weitgespannter Begriff, in den jede Zeit ihren besonderen Inhalt gießt. Je tiefer das Dasein des einzelnen in das Ganze der Gesellschaft hineinwuchs, desto mehr wandelte sich auch das einst stark individualistisch betonte Erziehungsideal zu einem sozialistischen um. Nicht mehr vollkommene „Persönlichkeiten", Menschen, wollen wir bilden, die berufen und fähig sind, in einer Gesellschaft sozialer Gerechtigkeit und brüderlichen Gemeinschaftsstrebens ihre Kraft zu nutzen, Glieder eines sozialistischen Staates.

Ist man sich aber wirklich darüber klar, welche Konsequenzen dieser Gedanke in sich schließt?

chDie moderne Pädagogik prägt ihr Ideal in zwei Kennworten aus: sie will Arbeitserziehung und Einheitsschule. Das Kind soll in der Schule nicht mehr Wissen allein aufnehmen, sondern auch seine Sinne üben und seine technischen Fähigkeiten entwickeln. Dadurch soll es auch zur manuellen Arbeit herangebildet werden und von vornherein lernen, sie gleich der geistigen zu werten.

Und was bedeutet im Sinne der modernen Schulreformer die Einheitsschule? Lassen wir die Leitsätze sprechen, die einer ihrer Führer: Oestreich, für die Berliner Konferenz entworfen hat: „Die staatliche Einheitsschule . . . geht aus einer gemeinsamen, innerlich differenzierten, vierjährigen Grundschule hervor. Nach dieser werden die Kinder gemäß dem Urteil der Lehrer, Eltern und Psychologen in Begabte, Normale und Schwachbefähigte geschieden und in getrennte . . . Schulsysteme (Begabten-, Allgemein-, Schwachbefähigtenschulen) gesandt." Die Begabtenschule soll wiederum „elastisch" aufgebaut werden, das heißt neue Differenzierungen vorsehen, und zum Beispiel den Unterricht in Sprachen und in den schwierigeren Kapiteln der anderen Fächer denen vorbehalten, die „Neigung und Befähigung" dafür zeigen. An alle Schulen sollen sich entsprechende Fachschulen, auch sie „nach Begabungsrichtung und -höhe differenziert", angliedern.

Also eine bis ins Feinste verästelte Hierarchie von Bildungsklassen, eine Einschachtelung der Kinder von ihrem zehnten Lebensjahr an in eine ganz bestimmte Kasse, der zuzugehören sie nun (freilich mit gewissen Möglichkeiten der Begnadigung, das heißt des Uebergangs in eine andere) ihr Leben lang verurteilt sind. Kaum traut man seinen Ohren, wenn man vernimmt, eben dieser unglaubliche Aufbau der Uneinheitlikeit sei eine „Einheitsschule". Freilich, so wird man mir mit dem gewöhnlich gegen die Feinde der modernen Schulbewegung gerichteten Argument sagen: die Idee der Einheitsschule soll auch beileibe keine „öde Gleichmacherei" bedeuten; sie will gerade die Menschen nach ihrer Begabung sondern, um so jeden zur höchsten Leistungskraft zu entwickeln. Die Ungerechtigkeit des bisherigen Systems lag nur darin, daß man die Kinder nicht nach diesen persönlichen Fähigkeiten, sondern nach dem Besitz der Eltern schied, die materielle Lage also zum Kriterium der Bildungshöhe werden ließ. Und auch die Einpressung aller Schüler in ein einziges Bildungsschema war vom Uebel denn sie hinderte die volle Entfaltung der besonderen Neigungen, aus denen das beste Können fließt.

So ist die Einheitsschule, mögen sich ihre Vertreter nun ihren Aufbau im einzelnen in dieser oder jener Form denken, fast ohne daß man sich dessen so recht bewußt ward, allmählich zu einer „Begabten-, Hochbegabten-" oder umgekehrt „Minder- und Mindestbegabten-"Schule geworden, und — so unbegreiflich es eigentlich erscheinen muß — auch die freiest denkenden Pädagogen merken gar nicht, in welchen ungeheuerlichen Irrweg sie damit geraten. Widerspruchslos ist ihnen die Oeffentlichkeit auf diesen Irrweg gefolgt. Sozialisten und Nichtsozialisten nehmen es als eine Art Axiom, daß die Begabtenschule die im wahrsten Sinne moderne Erziehungsform darstellt. Nur eine einzige Gruppe von Sozialisten steht seit dem ersten Aufkommen der Idee in schärfster Opposition dazu: der Kreis der „Sozialistischen Monatshefte". In einem eingehenden Aufsatz hat kürzlich einer ihrer Mitarbeiter, Chaym, ein Mitteinberufer der Berliner Konferenz, ihren gänzlich entgegengesetzten Standpunkt dort erörtert. Es sei mir gestattet, das wesentliche der Gründe, die jener Kreis dagegen ins Feld führt, auch an dieser Stelle darzulegen, um die breiteste Oeffent-

# Die Kabinettsumbildung.

Die Ablehnung Kochs.

Die Umbildung des Reichskabinetts hat abermals eine Ueberraschung gebracht. Oberbürgermeister Koch, der gestern die Annahme des Reichsministeriums des Innern in Aussicht gestellt hatte, hat sich heute entschlossen, den Posten des Oberbürgermeisters in Düsseldorf, der ihm von der Mehrheit der dortigen Stadtverordneten einschließlich der Unabhängigen auf der einen und der Deutschen Volkspartei auf der anderen Seite angetragen worden ist, anzunehmen. Damit sind neue Kombinationen nötig geworden, die unter Umständen dazu führen können, daß auch die Besetzung des Reichsjustizministeriums durch den Abgeordneten Schiffer aufgegeben würde. Die demokratische Fraktionssitzung hat um ½2 Uhr begonnen. In Parteikreisen hält man es jetzt für wahrscheinlich, daß Dr. Schiffer das Reichsamt des Innern übernimmt, neben dem Posten des Vizekanzlers. Als Reichsjustizminister wird in erster Linie der Frankfurter Bürgermeister Dr. Hermann Luppe genannt. Die Besetzung des neuen Friedensministeriums ist einstweilen zurückgestellt, zumal gegen den im Vordergrund stehenden Kandidaten des Krupp-Direktors Wiedfeld Bedenken laut geworden sind, die sich nicht gegen seine Person richten, wohl aber betonen, daß seine bisherige Stellung im Bereich der sogenannten Schwerindustrie auf besondere stark Vorurtile stößt.

*

Die endgültige Lösung der Frage der Neubesetzung der erledigten und neuen Reichsämter kann erst erfolgen, nachdem der Reichspräsident Ebert, der zum Besuch der Einfuhrmesse nach Frankfurt a. Main gefahren ist, zurückgekehrt sein wird.

## Die Ratifizierung durch Italien.

**Bern**, 2. Oktober. (W. T. B.)

Der italienische Justizminister Mortara hat mit einigen Ministern anderer Ressorts eine Formel aufgestellt, die ermöglichen wird, daß der Fredensvertrag durch königliches Dekret unter Vorbehalt der späteren Zustimmung des neuen Kabinetts ratifiziert wird, sobald entweder das französische Kabinett oder der amerikanische Kongreß die Ratifikation vollzogen hat.

## Deutschlands Vertretung in Italien.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

mp **Rom**, 30. September.

Der deutsche Generalkonsul v. Herff, der zum Geschäftsträger in Rom ausersehen ist und, wie berichtet, bereits in der Schweiz weilt, hat die Auswahl seiner Mitarbeiter getroffen. Diese sind Generaldirektor Bonnemann von der Hapag und Direktor Kapp, der Leiter großer Fabriken in Norditalien gewesen ist. Herff hat die beiden Herren der italienischen Regierung vorgeschlagen, und es ist zu hoffen, daß nunmehr endlich ein amtlicher deutscher Vertreter in Rom zu finden sein wird, wo er so häufig gesucht wird. Uebrigens besteht meines Erachtens kein Hindernis dafür, daß man sich in Berlin bald über die Person des endgültigen deutschen Botschafters in Rom klar würde. Nach der Ratifizierung des Friedensvertrages durch Verordnung oder durch das Parlament würde der Entsendung des Botschafters in kürzester Zeit wohl nichts im Wege stehen.

## Anschluß Bulgariens an Südslawien?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

mp **Rom**, 30. September.

**Einer guten Quelle verdanke ich die folgenden Mitteilungen über die Aufnahme der Friedensbedingungen in Bulgarien: Der Mißerfolg der Tränen und Beschwörungen Theodoroffs in Paris hat im Volke tiefe Rückwirkung ausgeübt. Auch dieser ehrgeizige Mann wird, obwohl er wohl etwas anderes erwartete, mit seinen Parteigängern als endgültig begraben zu gelten haben. Nach dem Waffenstillstand war in vielen Kreisen die Hoffnung gewachsen, Bulgarien könne und müsse auch weiterhin in europäischen Bündnissen seine Rettung suchen, und die allgemeine Aufmerksamkeit war auf Italien gerichtet, dessen gespanntes Verhältnis zu Jugoslawien eine geeignete Grundlage für eine zukünftige Annäherung zu bieten schien. In der Folge erkannte man (glaubte man zu erkennen), daß man sich in Italien getäuscht habe in dem Sinne, daß man dessen Entschlußkraft überschätzt habe. Tittonis Einigung mit Griechenland und jetzt Tittonis offene Erklärung über die Richtpunkte der italienischen Orientpolitik und über Italiens Freundschaft mit Rumänien, endlich aber auch die Erkenntnis, daß die englischen und französischen Geschäftsinteressen gegen Bulgarien gerichtet seien, haben einen neuen Umschwung der rastlos tastenden bulgarischen Hoffnungen zuwege gebracht. Man spreche, so sagte man mir, nicht mehr von Deutschfreunden oder Deutschfeinden und wende die Endungen „phil" und „phob" überhaupt nicht mehr auf europäische Mächte an. Bulgarien habe erkannt, daß es sein Heil nur noch in natürlichen Bündnissen suchen könne, das heißt, es müsse, koste es, was es wolle, seine Hände Rußland und Serbien zustrecken. Es wäre bereit, sogar seine nationalen Bestrebungen rücksichtslos einzuschränken, wenn dadurch ein positiver Erfolg zu erreichen wäre. Man könnte sich mit einem autonomen, unter serbischer Oberhoheit befindlichen Mazedonien einverstanden erklären, wenn Bulgarien, natürlich unter Wahrung der Nationalität, am südslawischen Staatenbund teilnehmen könnte. Diesem Gesichtspunkte entspricht ja ziemlich genau der Aktionsplan der bulgarischen Sozialisten, die freilich versuchen wollten, auch andere Balkanstaaten hineinzubeziehen, um einen Balkanblock zu schaffen, der unabhängig wäre von den Spiellannen der europäischen Politik. Die neue Aufmachung dieses Gedankens schließt natürlich den Gedanken ein, daß auf diese Weise auf dem Balkan, bis tief hinein in das frühere österreichisch-ungarische Gebilde, ein slawisches Uebergewicht geschaffen werden könnte, mit dem alle anderen Kombinationen rechnen müßten.**